

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 19. Oktober 2011

Stadt und Bürger klagen gegen Bahn - Jade-Port Eilantrag soll Arbeiten stoppen

Oldenburg/ex Jetzt klagen Stadt und Bürger gegen die Bahn. Am Tag nach dem Spatenstich von Rastede hat die Verwaltung bekanntgegeben, dass sie gemeinsam mit sieben Betroffenen beim Bundesverwaltungsgericht Klagen gegen die Planfeststellungsbeschlüsse zum Streckenausbau eingereicht hat.

Parallel dazu sollen Eilanträge die aufschiebende Wirkung der Klagen wieder herstellen und so die Arbeiten stoppen. „Damit soll verhindert werden, dass die Bahn vollendete Tatsachen schafft, indem sie die Zeit bis zur Entscheidung nutzt und schnellstens den Schienenausbau durchführt ohne die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen“, erklärte die Stadt.

Der aktuelle Schritt fußt auf einem einstimmigen Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 12. September. Auf den Rat eines Experten entschied sich die Politik dafür, einige Bürger mit Grundstücken in reinen Wohngebieten nahe der Bahnstrecke mit ins Boot zu nehmen.

Die Klage basiert auf zwei Argumenten: dass die Planfeststellungsbeschlüsse die Auswirkungen des Schienenausbaus auf Oldenburg nicht berücksichtigen – und dass die Unterlagen nicht in der Stadt ausgelegt haben. Durch die Kapazitätsausweitung sei absehbar, dass Lärm und Erschütterungen entlang der Strecke zunehmen würden. Genau diese Auswirkung habe die Bahn nicht ausreichend berücksichtigt.

„Wir sind der Auffassung, dass die Folgen des Schienenausbaus damit über den eigentlichen Planungsbereich hinausgehen und deshalb mit einbezogen werden müssten“, sagte Oberbürgermeister Gerd Schwandner. Weiter kritisiert die Klage, dass die Beschlüsse sich nicht mit Umgehungsstrecken befassen.

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 21. Oktober 2011

Nachbarn im Norden wettern gegen Stadt - Bahnstrecke Heftige Kritik an Klage

VON MELANIE HANZ UND KLAUS FRICKE

Oldenburg Die Klage der Stadt Oldenburg gegen die Planfeststellungsbeschlüsse zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven hat heftige Kritik bei den nördlichen Nachbarn hervorgerufen. Wilhelmshavens Oberbürgermeister Eberhard Menzel und Frieslands Landrat Sven Ambrosy schimpften, Oldenburg gefährde damit die wirtschaftlichen Interessen der Wirtschaftsregion Wilhelmshaven/ Friesland/ Wittmund/Wesermarsch.

Damit nicht genug: Auch der Fahrgastverband Pro Bahn Ems-Jade geht mit der Stadt hart ins Gericht: „Sollte dem Willen der Oldenburger Bedenkenräger Rechnung getragen werden, wird der Schienenersatzverkehr im Personenverkehr noch länger als 17 Monate dauern – das ist Fahrgästen und Pendlern nicht zumutbar“, meinte Hans-Joachim Zschiesche von Pro Bahn.

Kritisiert werden zudem die Eilanträge der Stadt, die Arbeiten im Abschnitt Varel/Jaderberg und Hahn/Lehmden zu stoppen (**NWZ** berichtete). Nach Ansicht der Stadt sind die Auswirkungen des Streckenausbaus auf Oldenburg im Planfeststellungsverfahren nicht genügend berücksichtigt worden. Letztendlich geht es darum, Schallschutz direkt am Gleis mit einzuplanen.

Oldenburgs Oberbürgermeister Schwandner registrierte die Vorwürfe von Menzel und Ambrosy eher gelassen. „Es gibt zu unserem politisch einstimmigen Vorgehen nicht nur Kritik aus der Nachbarschaft, sondern auch viel Zustimmung“, erklärte er auf Anfrage der **NWZ**.

Wilhelmshaven und Friesland werfen der Stadt derweil vor, ihre Klage richte sich gegen die wirtschaftlichen Interessen Niedersachsens. „Mit der Entscheidung, den Jade-Weser-Port als Geisel für die Erfüllung der Oldenburger Forderungen zu nehmen und damit auch die Versäumnisse, die es zur Bahnfrage in Oldenburg gebe, zu überdecken, sei auch die Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen/Oldenburg mit dem Nordwesten belastet“, heißt es.

@ Mehr Informationen unter <http://www.NWZonline.de/jadeport>

----- Diesen Artikel liefert Ihnen Ihre [Nordwest-Zeitung](#).